

200 Millionen Mark neuer Steuern.

Aufgepaßt, Ihr Wähler! Die Regierung will von Euch mehr Geld haben. Der bisherige Reichstag hat geglaubt, bei dieser schlechten Zeit den Knopf auf den Beutel halten zu müssen. Darum ist nun der Reichstag aufgelöst worden. Die Meinungsverschiedenheit, ob dieser oder jener neue Paragraph wirksamer gegen die Sozialisten sei, hat nur den Vorwand abgegeben.

Steuerzahler, laßt Euch nicht täuschen! Der aufgelöste Reichstag hatte der Regierung in den letzten vier Jahren zusammen 79 Millionen Mark von den Voranschlägen abgestrichen. Vergleichen Sparsamkeit paßt gewissen Leuten nicht mehr. Zwar hat der Reichstag in derselben Zeit nach und nach für Heer und Flotte 94 Millionen Mark mehr als vormals bewilligt, im laufenden Jahr sogar 347 Mill. Mark allein für die fortdauernden Ausgaben von Militär- und Marinewesen ausgesetzt. Trotz Frieden und Kongreß aber soll dies noch nicht genug sein.

Die neuen Steuern sollen auf die gewöhnlichsten Verbrauchsgegenstände des Volkes gelegt werden. Was die Menge braucht, so rechnet man, wird auch das meiste Geld einbringen. Schon jetzt werden Zucker und Salz, Kaffee und Thee, Tabak, Bier und Branntwein, Reis und Gewürze, sowie fast alle vom Ausland bezogenen Fabrikate hoch versteuert oder verzollt. Das soll aber noch ganz anders formen. **Den Tabak will man so hoch besteuern, daß der gemeine Mann ein einziges Pfund Pfeisentabak, welches ihm jetzt 35 bis 60 Pfennig kostet, künftig wie in Frankreich mit vier bis fünf Mark zu bezahlen hat.**

Damit die Steuer nicht hinterzogen werden kann, soll die ganze Tabaksfabrikation und der Tabakshandel den Privatleuten abgenommen und allein auf den Staat übertragen werden (Tabaksmonopol). — Der steuerfreie Tabaksbau hört alsdann auf; der Tabaksbau wird entweder unter die strengste Aufsicht gestellt oder ganz verboten. —

Wähler, laßt Euch nicht täuschen von Männern, welche der Frage, ob sie solchem Monopol zustimmen wollen, mit der schlauen Rede auszuweichen suchen, daß „über die Zweckmäßigkeit des Monopols noch Ermittlungen angestellt werden.“

Mit dem Zucker soll es ebenso gemacht werden wie mit dem Tabak. Auch das Biertrinken will man versteuern. Selbst das Licht ist dem Fiskus jetzt zu billig; ein hoher Petroleumzoll soll eingeführt werden. Neue Stempelsteuern aller Art werden vorbereitet. Auch für eine hohe Schankwirtschaftssteuer, sagt der Kanzler, habe er volle Sympathie.

Wähler! Man sucht Euch damit zu firren, daß nach Einführung der neuen Steuern die Matrifularbeiträge aufgehört sollen. Aber der Hauptzweck der neuen Steuern ist nicht die Aufhebung der Matrifularbeiträge, sondern die Erhöhung der Ausgaben im Reich. Auch haben nicht die Steuerzahler, sondern die Finanzminister der einzelnen Staaten diese sogenannten Matrifularbeiträge zu zahlen. Brauchen diese Minister keine solche Beiträge mehr an das Reich zu zahlen, so werden sie desto mehr für andere Dinge auszugeben suchen.

Man redet Euch vor, der Staat wolle durch vermehrte Ausgaben aller Art die Geschäfte heben. Aber wenn den Steuerzahlern ihr Geld gelassen wird, können sie damit ebenso die Geschäfte heben, indem sie für den eigenen Bedarf sich etwas anschaffen. Der Staat kann den Geschäftsmännern nichts geben, als was er den Steuerzahlern vorher abgenommen hat.

Wähler! Ihr sollt auf die Leimruthe der hohen Steuern gelockt werden mit dem Versprechen der Erleichterung alter Steuern. Aber wollt Ihr etwa eine Mark Erleichterung an direkten Steuern mit drei Mark an neuen indirekten Steuern erkaufen? Und merkt wohl darauf: die Steuererhöhung verlangt man, die Erleichterung verspricht man nur. — Nicht Zug um Zug soll es ge-

schehen, Steuererhöhungen hier gegen Steuererleichterungen dort, sondern erst die neuen Steuern, dann wird das Andere sich — später finden. Keine Bürgschaften sollen dafür gewährt werden, daß mit der Steuererhöhung auch die Erleichterung eintritt.

Wenig genug sind selbst die Versprechungen. Man redet davon, den Kreisen oder Gemeinden etwas vom Ertrage der Grund- und Gebäudesteuer abzugeben. Aber zuvor soll die Gebäudesteuer selbst nach einer neuen Einschätzung, welche soeben begonnen hat, beträchtlich erhöht werden. Zugleich will man den Gemeinden neue Lasten auferlegen. Eine Kommunalsteuer also wird darum nicht um eine Mark geringer werden.

Man plaudert Euch vor, daß von Einkommen unter 1200 Mark nicht mehr der Staat, sondern nur die Gemeinden noch Klassensteuer erheben sollen. Aber wird etwa eine Sicherheit dagegen geboten, daß man nicht die etwaige Steuererleichterung des Gesetzes durch desto höhere Einschätzung von Seiten der Verwaltung unwirksam macht?

Kann denn überhaupt vernünftiger Weise noch von Steuererleichterung die Rede sein, wenn beispielsweise künftig Jemand im Preise eines einzigen Pfund Taback mehr Steuer bezahlt, als er bisher vierteljährlich an Klassensteuer ausgegeben hat? —

Vertrauen müsse man haben, sagen die Regierungs-

männer. Doch in Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf. — Landräthe, Ministerialräthe, Staatsanwälte mögen zu vielen Dingen gut sein, aber man macht sie nicht zu Vertretern der Steuerzahler der Regierung gegenüber. Besser gar keine Volksvertretung als eine solche aus unselbständigen abhängigen Sasagern und Nidemannern.

Erinnert Euch jenes Junker- und Beamtenparlaments in Preußen vor 20 Jahren! Denkt an die damalige Landrathskammer! Jedes Jahr brachte eine oder zwei neue Steuern, dazu neue polizeiliche Beschränkungen und Verfassungsänderungen.

Wählt darum **keinen abhängigen Beamten, keinen** Deutschkonservativen, Freikonservativen, Reichsparteiler oder unter welchen schönen Namen sonst sich diejenigen Euch vorstellen mögen, **welche die Reaction** wieder über unser Vaterland bringen und Alles, was wir in der Neuzeit an Befreiungen von Lasten und Schranken errungen haben, wieder rückgängig machen möchten.

Wählt **feste liberale Männer**, die treu zu Kaiser und Reich, wie zum Volke stehen, Männer, welche die Regierung unterstützen, wo es dem Vaterlande frommt, — aber auch Nein sagen können, wo es das Interesse des Volkes erfordert.